STELLUNGNAHME

von Kai Partenheimer,
Netzwerk für Demokratie und Courage Rheinland-Pfalz

zur
Anhörung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“
des Landtags Rheinland-Pfalz
am 17.08.2012

Thema:
„Aktivierung und Orientierung durch politische Bildung“

NDC Rheinland-Pfalz
Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz
Tel.: 06131/281629
E-Mail: rlp@netzwerk-courage.de

Leitfragen zur Anhörung der Enquete Kommission „Bügerbeteiligung“

Netzwerk für Demokratie und Courage, Kai Partenheimer (Projektleiter)

Das Netzwerk für Demokratie und Courage begrüßt die Anhörung der Enquete-Kommission zum Thema „Aktivierung und Orientierung durch politische Bildung“ und bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Einführung:

Die Träger_innenverbände des Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) haben sich in Rheinland-Pfalz zusammengeschlossen, um möglichst viele Jugendliche in Rheinland-Pfalz mit dem spezifischen Bildungsangebot des NDCs zu erreichen. Auf Initiative der DGB-Jugend hat sich das NDC in Rheinland-Pfalz 2002 gegründet, Im NDC sind folgende Jugendverbände vertreten: DGB-Jugend, Jusos, Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, Jugendwerk der AWO, LandesschülerInnenvertretung, Grüne Jugend und Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) hinzu. Das Netzwerk ist offen für weitere Partner_innen. Ziel der Arbeit des NDC ist es, Vorurteile und Diskriminierung abzubauen und entschlossen gegen menschenverachtendes Verhalten aufzutreten. Seid 2002 haben wir 220 Teamende ausgebildet, 1.350 Projekttage durchgeführt und über 22.500 junge Menschen erreicht.

1. Welche Erfahrungen haben Sie aus Sicht der politischen Bildung mit dem Thema Bürgerbeteiligung gemacht? Gibt es bei Ihnen konkrete Projekte bzw. welche Projekte sind bei Ihnen in Planung?

Unsere Zielgruppe ist überwiegend unter 18 Jahren alt und somit vom formellen Zugang der politischen Partizipation ausgeschlossen (z. B. Wahlen). Jugendliche sind nicht unpolitisch, in Bezug auf den politische Betrieb sind sie aber eher leidenschaftslos und Politik wird als langweilig empfunden (s. Sinus-Jugendstudie). Ihr Politikbegriff ist eher eng gefasst und wird mit einem fernen, sich abseits der Lebenswelt der Jugendlichen abspielenden Politikbetrieb assoziiert. Damit steht das NDC vor der Herausforderung, jungen Menschen aufzuzeigen, dass sie in ihrem täglichen Lebensumfeld – häufig passiv - ständig mit politischen Aushandlungsprozessen konfrontiert sind: Sei es im schulischen oder privaten Alltag. Die Intention unserer Bildungsarbeit besteht darin, die passive Selbstwahrnehmung von Jugendlichen zu verändern und sie zu selbstbestimmtem, aktiven Handeln zu motivieren. Dieser Lernprozess lässt sich grob in drei Schritten skizzieren: (a) Eigene Wünsche und Bedürfnisse kennen, (b) artikulieren und(c) umsetzen. Beschäftigen wir uns aus Perspektive des NDC mit dem Thema „Bürgerbeteiligung“, betrachten wir demnach immer einzelne junge Menschen mit individuellen Ansprüchen und nicht ein Kollektiv „junger Staatsbürger_innen“.

Unsere Haupttätigkeit besteht in der Veranstaltung der Projekttage ‚Für Demokratie Courage zeigen‘. Ein Projekttag dauert in der Regel sechs Stunden und findet überwiegend in der Schule mit einer Klasse statt. Veranstaltet wird ein Projekttag von hierfür speziell ausgebildeten Teamerinnen und Teamern.

Verschiedene Projekttage werden für Jugendliche ab dem 14. Lebensjahr für alle Schulformen, Auszubildende und in der offenen Jugendarbeit angeboten. Sie zielen darauf ab, die demokratische Kultur bei Jugendlichen zu stärken und junge Menschen zur aktiven gesellschaftlichen Mitwirkung zu motivieren. Die praktische Beteiligung der Jugendlichen anstelle von abstrakter Wissensvermittlung steht dabei im Fokus des Bildungsprozesses. Wir setzen auf der Einstellungsebene an. Junge Menschen sollen in den Themenfelder Vorurteile und Diskriminierung, Migration, Flucht und Fluchtursachen von Menschen, Macht und Machtmissbrauch, gesellschaftliches Engagement, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit und Geschlechterstereotypen, menschenverachtende Einstellungen und rechte Ideologien sensibilisiert und zum kritischen und reflektierten Denken angeregt werden. Durch handlungsorientierte Courage-Trainings werden die Inhalte der Projekttage auf die Handlungsebene

überführt und die Jugendlichen dazu motiviert, sich für Andere einzusetzen. In diesem Zusammenhang werden Werte wie Solidarität, eine demokratische Beteiligung und Partizipation in der Gesellschaft, Verständigung und couragiertes Handeln, aber auch Empathie für die Betroffenen von Diskriminierung in den Mittelpunkt gestellt.

Ziel ist es, die Jugendlichen zum kritischen Nachdenken und zum eigenen Handeln anzuregen und zu motivieren. Unsere Methoden vermitteln konkrete Handlungsoptionen, die die Teilnehmer_innen während des Projekttags ausprobieren und in ihren persönlichen Lebensalltag transferieren können. Konflikte lösen zu können, fähig zu sein, in einem Team zu arbeiten und fair und konstruktiv mit Unterschiedlichkeit umzugehen, sind sowohl individuelle soziale Schlüsselkompetenzen als auch entscheidende demokratische Grundkompetenzen. Dadurch stärken wir die sozialen Kompetenzen und zeigen Wege zu mehr Partizipation und Engagement auf. Die Jugendlichen lernen, Positionen differenzieren zu können, eigene Standpunkte zu entwickeln und sich in unterschiedliche Perspektiven hinein zu versetzen. Die Arbeit mit Filmen und Comics, Gruppendiskussionen und theaterpädagogischen Ansätzen sprechen insbesondere die aktiv-schöpferische Seite der Jugendlichen an. Sie eignen sich, um Empathie mit einem unbekannten Gegenüber herzustellen, die Perspektive eines anderen Menschen einzunehmen und sich so in dessen Motivlage und Gefühle hinein zu versetzen. So können spielerisch wichtige Inhalte vermittelt und zugleich konkrete Handlungsoptionen erarbeitet werden.

Dies lässt sich an unserem Projekttag „Alles verändert sich – Du machst den Unterschied“ verdeutlichen, der das sich Beteiligen an gesellschaftspolitischen Prozessen zum Inhalt hat. Zu Beginn des Tages findet das Planspiel „Monolizien“ statt. Den Bewohnerinnen und Bewohnern des fiktiven Staates Monolizien geht es gar nicht so schlecht. Aber die Situation ist „nicht mehr so rosig wie noch vor ein paar Jahren“. Die Bevölkerung wird zunehmend unzufriedener, „Monoliziens Fortschrittspartei“, die mit absoluter Mehrheit ins Parlament gewählt wurde, muss etwas tun. Doch ihre Methoden, mit den Problemen umzugehen, wirken sich für einige Bewohnerinnen und Bewohner des Landes äußerst diskriminierend aus. Nach Spielende wird der Verlauf des Planspiels gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern ausgewertet und folgende Fragen gestellt: Wie sind die Chancen und Handlungsmöglichkeiten in unserer Gesellschaft verteilt? Welche Gruppen haben in der Gesellschaft weniger Chancen und eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten und weshalb? Welche Möglichkeiten gibt es trotzdem? Jeder Veränderung geht ein Wunsch nach diesem voraus. Aus diesem Grund werden mit den Schülerinnen und Schülern Beispiele von der Verwirklichung verschiedener Wünsche aus der Vergangenheit und Gegenwart angeschaut und diskutiert. Anhand dieser wird verdeutlicht, warum und wie sich Menschen gemeinsam für die Erreichung ihrer Wünsche und Interessen und für eine faire Gesellschaft einsetzten und einsetzen. Anschließend schauen wir uns konkrete Wünsche und Interessen der Schülerinnen und Schüler an und überlegen gemeinsam, welche Möglichkeiten es gibt, sich gemeinsam für etwas einzusetzen, aktiv zu werden und die Gesellschaft für die Schülerinnen und Schüler und alle anderen Menschen mitzugestalten.

Weitere Angebote des NDCs (Auswahl):

In 2009 und 2010 haben wir an acht verschiedenen Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) tragen, Zukunftswerkstätten veranstaltet. Ziel war es, Schüler_innen die Möglichkeit zu bieten, sich nachhaltig im Themenfeld von „SOR-SMC“ aktiv einzubringen, z. B. in Arbeitsgemeinschaften, die sich gegen „Rechts“, für Mit- bzw. Selbstbestimmung an der Schule oder für ein couragiertes Miteinander an der Schule einsetzen. Dort, wo es bereits Beteiligungsmöglichkeiten gab, sollten diese gefestigt oder mit neuen (Projekt-)Ideen für die zukünftige Arbeit angeregt und bei der Umsetzung begleitet werden. Auch sollte die „Message“ von „SOR-SMC“ und ein diskriminierungsfreies Miteinander stärker in den Schulalltag transportiert werden. Querschnittsziel der Zukunftswerkstätten ist, die Stärkung der Kommunikationskompetenzen der Schüler_innen und die Eröffnung vielfältiger Erfahrungsmöglichkeiten innerhalb des Sozialraums Schule zu

ermöglichen. Die Schüler_innen sollen darin gestärkt werden, sich innerhalb der Schule zu beteiligen und zu Akteur_innen einer demokratisch ausgerichteten Schulentwicklung zu werden.

„Courage Scouts“

Die Idee der Courage Scouts entstand im Anschluss einer Zukunftswerkstatt an der IGS Rockenhausen. Sie wurde vom NDC mittlerweile fünf Mal veranstaltet und ist unser aktuelles Projekt zur Stärkung der Schüler_innenbeteiligung an „SOR/SMC“ Schulen. Dabei werden Schüler_innen einer Schule der Klassenstufen 8 – 10 in einer 2,5 tägigen Ausbildung zum Courage – Scout ausgebildet. Nach der Ausbildung sollen sie in der Lage sein, ein 45-minütiges Modul in der Schule zu „Diskriminierung und couragiertem Verhalten“ für die 5. und 6. Klasse durchzuführen. Ziel der Courage Scouts ist es, die jüngeren Schüler_innen an den SOR/SMC Schulen für die Inhalte des Titels zu sensibilisieren und damit die Nachhaltigkeit der Werte, die der Titel transportiert, zu festigen. Die Courage Scouts dienen als konkretes Projekt für AGs innerhalb von „SOR-SMC“ und zur Aktivierung von Jugendlichen im Sozialraum Schule.

Obwohl es Nachfrage von verschiedenen Schulen gibt, kann diese nicht immer bedient werden, da es für die Durchführung nicht ausreichend Projektmittel gibt bzw. Fördertöpfe mit min. 30 % Eigenmittel bedient werden müssen, was für Schulen häufig nicht realisierbar ist.

Freiwilliges Engagement der Teamer_innen innerhalb der politischen Bildung

Junge Menschen können sich unabhängig von Beruf, Studium oder Tätigkeit und Herkunft (Professionelle professionsungebundene Arbeitsweise) in der Bildungsarbeit im NDC engagieren. Dadurch ergibt sich eine Mischung der Lebensrealitäten und Kenntnissen. Die Ausbildung vermittelt Kompetenzen der Erziehungswissenschaft, Psychologie und didaktisch-methodische Fähigkeiten. Die einwöchige Teamschulung wird von qualifizierten Trainer_innen des NDC geleitet. Inhalte dieser Schulung sind neben den Konzepten der Projekttage, intensive Argumentationstrainings und das Erlernen von Methoden der außerschulischen Bildungsarbeit. Die Teamenden haben die Möglichkeit, sich in einer einjährigen dauernden Qualifikation zur Trainer_in ausbilden zu lassen.

Die Teamer_innen engagieren sich freiwillig. Das bedingt in der Regel eine hohe Motivation und eine große Identifikation mit den Projektzielen und -inhalten. Sie sind diejenigen, die das Projekt gestalten. Die Teamer_innen kommen aus unterschiedlichen Zusammenhängen (Jugendverbänden, Hochschulgruppen, aufgrund von Freund_innen u. Bekannten), werden zu Mitwirkenden im Projekt und bringen über längere Zeiträume ihre Erfahrungen ein. Gleichzeitig sind sie Lernende von inhaltlichen, methodischen und psychosozialen Prozessen in der politischen Bildungsarbeit. Die Möglichkeit, eigene Kompetenzen einbringen zu können und von anderen Erfahrungen zu lernen, fördert in starkem Maße die persönliche Entwicklung von jungen Menschen. Durch die Beteiligung wird ebenso die Motivation zu einem längerfristigen gesellschaftlichen Engagement gefördert.

2. Welche Möglichkeiten zu einer Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit bestehen aus Ihrer Sicht bezogen auf aktive Bürgerbeteiligung?

Bei jungen Menschen gibt es eine unverändert hohe Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement, die allerdings an positive Rahmenbedingungen gebunden ist. In den staatlichen Strategien und Plänen ehrenamtlichen Engagements müssen noch stärker als bisher die Interessen und Möglichkeiten junger Menschen bedacht werden. Unsere Gesellschaft lebt – wie jede Demokratie – vom Engagement und dem Gestaltungswillen ihrer

Bürgerinnen und Bürger. Ehrenamtliches Engagement ist wesentlicher Teil der Zivilgesellschaft und gehört zu den konstitutiven Elementen einer Demokratie. Dies allein schon begründet ihr öffentliches Interesse. Es darf nicht auf Problembewältigung reduziert werden – es muss an den Interessen der Engagierten ansetzen. Hier kommt die politische Bildung ins Spiel, die nicht nur den Erwerb und die Entfaltung von individuellen Fähigkeiten vermitteln soll, sondern auch die Befähigung, als aktive Bürger_in an der Gestaltung von Staat und Gesellschaft in Form von Emanzipation, Partizipation und Artikulation mit zu wirken. Politische Bildung muss zur Aktivierung der Bürgerbeteiligung langfristig angelegt sein und benötigt hierzu die notwendige Infrastruktur, z. B. ausreichende Mittel und niedrige bürokratische Hürden. Im Allgemeinen wird die finanzielle Förderung der politischen Bildung zunehmend an kurzfristigen politischen Initiativen und auf politisch definierte Problemlagen hin ausgerichtet, die als zeitliche Projekte angelegt sind. Somit muss nach Abschluss der Projektzeit ein neues Projekt durchgeführt werden. Oft können die Ergebnisse und Erfahrungen und gebildeten Netzwerke aus dem vorherigen Projekt nicht in voller Gänze in ein neues Projekt eingebracht werden (z. B. wegen anderem Förderziel) und enden in Stückwerk. Hier benötigt politische Bildung besonders in Zeiten der Schuldenbremse eine finanzielle, langfristige Perspektive.

Gesellschaftliche Krisenphänomene (wie z. B. den NSU-Terror) mit politischer Bildung kurzfristig „bekämpfen“ zu wollen hat keinen nachhaltigen Effekt. Im Rahmen der aktuellen Programme gegen verschiedene Formen des Extremismus verlangen die fördernden Ministerien bei der Vergabe von Mitteln über das bisher bewährte Verfahren hinaus von den Trägern die Unterzeichnung einer gesonderten „Demokratieerklärung“, die auch die Kooperationspartner und jeweiligen Referent_innen mit einschließt. Diese Erklärung beeinträchtigt die politische Bildungsarbeit, da sie weder sachangemessen noch praktikabel ist. Die Demokratieerklärung birgt die Gefahr, das notwendig gute Klima zwischen allen am Projekt beteiligten Partnern zu stören, schafft ein Klima des Misstrauens und schreckt aktive Bürgerbeteiligung im Bereich des Engagements gegen Rechts ab, da die Beteiligten einem Generalverdacht unterzogen und dazu zu Bespitzelung aufgerufen werden. Die Demokratieerklärung schafft keine Rechtssicherheit und ist entbehrlich, solange die mit staatlichen Mitteln geförderten Projekte die Zielsetzung der Programme, nämlich Stärkung von politischer Kompetenz, Toleranz und Demokratie, verfolgen.

3. Welche Herausforderungen für politische Bildung sind Ihrer Meinung nach mit mehr Bürgerbeteiligung verbunden?

Ausgangssituation

Das Netzwerk für Demokratie und Courage sieht sich hinsichtlich einer Ausweitung von politischer Bildungsarbeit auf den Wirkungsbereich der gesellschaftlichen Partizipation durch die in seiner internen Mitwirkungsstruktur wie seinem nach außen gerichteten partizipativen Bildungsansatz bereits zukunftsorientiert aufgestellt. Aspekte wie der bedarfsorientierte Bildungsansatz des NDC und die kognitive wie emotionale Einbindung der Jugendlichen erhöhen deren Motivation zur eigenen Teilhabe bei der Gestaltung ihrer Lebenswelt. Damit entsprechen die Grundprinzipien des NDC im Kern bereits einem an Beteiligung ausgerichteten Bildungsansatz.

Dies könnte beispielsweise durch weitere Öffnung des Lernorts Schule für Projekte, Programme und Wettbewerbe geschehen, welche aus gesellschaftlichen Strukturen heraus entwickelt werden. Auf diese Weise werden junge Menschen lebensweltnah und erfahrungsbasiert dazu motiviert, Mitwirkungsmöglichkeiten zu erkennen und im Kleinen selbst aktiv zu werden.

Leitfragen zur Anhörung der Enquete Kommission „Bügerbeteiligung“

Netzwerk für Demokratie und Courage, Kai Partenheimer (Projektleiter)

Perspektivische Herausforderungen

Richtet sich an Akteur_innen der politischen Bildung:

Gleichzeitig sieht sich das Netzwerk für Demokratie durch den Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten zugunsten der Zivilgesellschaft in seiner politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen auch neuen Anforderungen und Schwerpunktsetzungen ausgesetzt. Diese begründen sich vor allem in der These, dass Beteiligung nicht auf die zukünftige Rolle von Jugendlichen als Staatsbürger_innen verengt werden sollte. Im Gegenteil: „Engagement ist lokal, kleinteilig, anlassbezogen, eigensinnig, manchmal stabil, manchmal instabil, politisch unbequem und teils widersprüchlich (vgl. Hinte 2004: 3). Gesellschaftlich getragene Akteur_innen der politischen Bildung sehen sich demnach perspektivisch mit einer zunehmenden Ausdifferenzierung an Bedarfen konfrontiert, auf die fallbezogen mit flexiblen Angeboten reagiert werden muss.

Mit der Ausweitung des Partizipationsbegriffs über die Grenzen des Bürgerschaftlichen Engagements hinaus geht die Schaffung von bedarfsorientierten Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche einher. In der konkreten Umsetzung bedeutet dies, dass nicht nur „Politik im Kleinen“ simuliert werden darf, sondern eigenständige Kreativprozesse bei Jugendlichen angestoßen und längerfristig unterstützt werden müssen, zu deren Realisierung ein lebensweltlicher Bezug der jungen Menschen existiert. Eng damit verbunden ist der bereits in der Strukturen des NDC verankerte „aufsuchende Ansatz“, bei dem Jugendliche sich in ihren bestehenden formellen wie informellen Sozialräumen (bspw. Schule vs. Jugendraum) mit Einwirkungsmöglichkeiten auf ihr unmittelbares Lebensumfeld auseinandersetzten können. Wichtig hierbei ist auch das Erreichen der Beteiligten auf der Einstellungsebene zur Sensibilisierung und Konfrontation mit den eigenen Diskriminierungsmustern.

Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ muss praktisches Know-how transferierbar sein, so dass auf längere Sicht Beteiligungsinstrumente aus gesellschaftlichen Initiativen heraus entwickelt und weiterverbreitet werden. Damit nehmen Akteur_innen der politischen Bildung die unterstützende Funktion qualifizierter Informationsvermittler_innen an. Politische Bildung dient auf diese Weise primär der Aktivierung und Befähigung von Menschen. Damit einher besteht die Notwendigkeit zum Ausbau von professions-ungebundener Bildungsarbeit, so wie sie zum Beispiel im Netzwerk für Demokratie und Courage auf ehrenamtlicher Basis praktiziert wird, die sich professioneller Beratung und institutioneller Umsetzungshilfen bedienen kann.

Ein Grundproblem, dem mit dem sich sämtliche gesellschaftliche Akteur_innen zukünftig selbstkritischer annehmen müssen, betrifft die weiterhin bestehenden ungleichen Zugangschancen zu Bildungsangeboten. Hier sieht sich auch insbesondere das NDC als ein Akteur mit Arbeitsschwerpunkt im Themenfeld Antidiskriminierung gefordert, die Förderung von Menschen ohne privilegierten Zugang zu politischer Bildung bzw. Bildung im Allgemeinen zu verstärken. Dies betrifft unter anderem die stetige Ausdifferenzierung von Zielgruppen, gemessen an deren Lebenssituationen und Bedürfnissen. Es reicht nicht – wie bisher häufig praktiziert – statistisch eine möglichst hohe Anzahl von Menschen vermeintlicher; Randgruppen’ zu erreichen. Die Basis von zielgruppen-sensibler Bildungsarbeit muss es sein, strukturelle Privilegiertheit bzw. Unterprivilegiertheit sozialer Gruppen aufzudecken und mit didaktischen Angeboten aufzufangen. Bedarfsgerechte politische Bildungsarbeit muss Zugang zu Teilhabe in Form von individueller Bestärkung oder dem Abbau institutioneller Hürden und gleichermaßen durch die Verstärkung von Selbstreflexion eigener gesellschaftlicher Vorteile leisten können.

Quellen:

Hinte, Wolfgang (2004): Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie? In: Betrifft: Bürgergesellschaft 13, Bonn: Friedrich Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat.